

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Zehms, Berlin O 27, Andreasstr. 61II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Zum inneren Frieden. — Eine ganz unhaltbare Auffassung des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft. — Aus der Textilindustrie. — Zur Lebensmittelversorgung. — Berichte aus Sachreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen. — Privatanzeigen.

Zum inneren Frieden.

Die „Post“, das bekannte Scharfmacherorgan der Schwerindustriellen, schreibt in ihrer Nr. 360 vom 17. Juli d. J. einen Artikel „Zum inneren Frieden“. Das macht auf uns den Eindruck, als hörten wir einen Brandstifter, der mit beiden Händen die brennenden Lunten schwingt, schimpft, daß alles in lohenden Flammen steht. Denn wenn irgend jemand, so sind es die hinter der „Post“ stehenden Kreise gewesen, die ihr vollgerüttelt Maß dazu herbeigeschleppt haben, um Zustände im Inneren Deutschlands zu schaffen, die den inneren Frieden in Gefahr gebracht haben. Wir wollen ganz davon absehen, daß die „Post“ mit einer der Sprachrohre gewesen ist für die wüsten Hezer zu einem Kriege für Eroberungszwecke! Da das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit von einem Eroberungskriege nichts wissen will, ihm vielmehr mit tödlicher Feindschaft gegenüber steht, so ist ganz klar, daß Unfriede entstehen mußte im Volke, als es sah, wie die alldeutschen Eroberungsjahatiker mit ihrer wüsten Bramarbasiererei fortwährend neuen Stoff lieferten für die Aufpeitschung des Kriegswillens im Auslande. Das deutsche Volk will sein Land wohl verteidigen bis zum äußersten, aber es will auch einmal damit zu Ende kommen und kann es daher nicht zulassen, daß ein paar Tausend Wort- und Federhelden immer wieder provozieren und damit das im Auslande zum Verlöschen kommende Kriegsfeuer immer wieder von neuem schüren. Dies das eine! Und das andere, das ist die Ernährungsfrage, deren anarchischer Zustand doch nicht besteht, ohne tatkräftige Mitwirkung der Kreise, die der kriegspolitischen Richtung der „Post“ nahe stehen. Die „Post“ entkräftet sich moralisch darüber, daß ein rheinisches sozialdemokratisches Blatt vor kurzem geschrieben hat:

„Unter keinen Umständen würden die notleidenden Schichten der Bevölkerung noch im vierten Kriegsjahre in Ruhe zusehen, wie gewisse Schichten ein fettes Wohlleben führen, während die Massen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten, des kleinen Mittelstandes mit Rübenfutter abgespeist würden.“

Die „Post“ erkühnt sich, dies als systematische Verhehung zu bezeichnen. O nein! Hier handelt es sich um keine Verhehung; das ist durch Worte gar nicht mehr möglich, wo doch die Taten der Ernährungswirrnisse so verheerend auf den inneren Frieden wirken. Wenn die Arbeiterpresse so etwas schreibt, so tut sie es nur, um der Stimmung Ausdruck zu geben, die heute von Memel bis Lindau in der werktätigen Bevölkerung vorhanden ist und deren Bekanntgabe gerade dazu dienen soll, den inneren Frieden vor Katastrophen zu bewahren, die totlicher eintreten würden, wenn diese Ernährungswirrnisse weiter wüsten könnten. Die Arbeiterpresse, die solche Volksverstimmung anzeigt, wirkte da als politisches Barometer, das anzeigt, mit was die politische Atmosphäre geladen ist. Würde man trüchtere Weise der Scharfmacher der „Post“ folgen und diese politischen Barometer zerbrechen, so würde man gerade dem inneren Frieden den aller schlechtesten Dienst erweisen. Denn die Verstimmung der Volksmassen schafft man damit nicht aus der Welt, sondern man verhindert nur, daß sie rechtzeitig bekannt wird, daß noch Abhilfe geschaffen und Unheil für den inneren Frieden verhütet werden kann. Denn es ist nun einmal eine Tatsache, daß die werktätige Bevölkerung fest entschlossen ist, im vierten Kriegsjahre dafür zu sorgen, daß die von den Sozialdemokraten und Gewerkschaften aufgestellten Grundsätze für eine ziemlich restlose Erfassung und gleiche Verteilung der Lebensmittel nicht mehr achtlos beiseite geworfen werden und dann solche Zustände eintreten, die Volk und Vaterland in die allergrößte Gefahr bringen. Nein! Um des Volkes und um der Zukunft unseres Vaterlandes willen wird und kann die werktätige Bevölkerung im vierten Kriegsjahre nicht mehr ruhig zusehen, wie die Stellen versagen, denen die Beschaffung und Regelung der Ernährung des Volkes obliegt. Wir wollen verhindern, daß unsere feldgrauen Väter, Brüder und Söhne etwa den furchtbaren Schmerz erleben, daß sie, die im furchtbarsten Ringen auf dem Schlachtfelde unüberwindlich waren, etwa überwunden werden durch die wirtschaftlichen Fehler im Inneren

des Landes. Gerade weil das werktätige Volk weiß, was eine Niederlage Deutschlands für seine Zukunft an Leiden, Sorge und Not bedeutet, darf es nicht mehr ruhig zusehen, wie durch die Fehler im Ernährungsweisen das Vaterland in Gefahr gebracht wird. Die jetzt überwundene Not und Gefahr war wirklich Warnung genug, so etwas nicht mehr eintreten zu lassen, sondern zukünftig rechtzeitig das Veto einzulegen. Dem Volke und dem Lande ist es ein sehr schlechter Trost, wenn hinterher Herr v. Batoeki im Hauptauschuß des Reichstags erklärt, es wäre richtiger gewesen, wenn man den Vorschlägen der Sozialdemokratie gefolgt wäre. Nein, nein! Wenn das werktätige Volk sieht, daß bei den Stellen, welche im Inneren dafür sorgen sollen, daß das Volk auch durchhalten kann, diese Sorge so unendlich lag gehandhabt wird, dann darf es sich nicht mehr auf jene Stellen allein verlassen, sondern es muß selbst vermeiden helfen, daß Deutschland, trotz der heroischen Opfer aller Volksteile, zuletzt doch noch eine Niederlage erleidet. Denn das Volk ist es, welches dann den Schaden zu tragen bekommt. Das auszusprechen und danach zu handeln, ist jetzt für jeden, der sein Vaterland lieb hat, heiligste Pflicht.

Wie ist es denn im vergangenen Jahre mit der Sicherstellung der Kartoffelversorgung des Volkes gegangen? Gerade zur rechten Zeit erscheint in der Presse ein Artikel des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Herrn Hoff unter der Ueberschrift: „Verschwundene Schweine und Kartoffeln.“ Wir geben aus dieser lehrreichen Abhandlung über diese Frage folgenden Auszug hier wieder. Herr Hoff schreibt:

„Durch Bundesratsverordnung vom 31. Juli 1916 wurde zur Deckung des für die Ernährung der Bevölkerung vom 16. August 1916 bis 15. August 1917 erforderlichen Bedarfs an Kartoffeln in den Kommunalverbänden und Bezirken, die diesen Bedarf nicht aus den bei ihnen verfügbaren Vorräten decken können, eine Menge von reichlich 270 Millionen Zentnern auf die Ueberschußkreise umgelegt, von denen etwa 200 Millionen Zentner allein auf die preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg und Sachsen entfielen. Wieviel sind von diesen 270 Millionen Zentnern tatsächlich an die Verbraucher geliefert worden? Nach Angabe der Reichskartoffelstelle waren es, sage und schreibe, im ganzen 65 Millionen Zentner, das heißt noch nicht einmal der vierte Teil der vorgesehenen Menge. Von den bei mäßigster Berechnung gerechneten 23 bis 24 Millionen Tonnen Kartoffeln, der Hälfte einer normalen Friedensernnte, sind der auf etwa 45 Millionen zu veranschlagenden versorgungsberechtigten Bevölkerung ganze dreiundviertel Millionen Tonnen zugeführt worden. Nimmt man den Verbrauch der übrigen Bevölkerung auf derselben Höhe an, so ergibt sich für den menschlichen Verbrauch eine Menge von sechsundneunzig Millionen Tonnen. Für die Saat sind nach Mitteilung des Kriebsernährungsamts etwa fünf Millionen verwannt worden. Das gibt zusammen elfundneunzig Millionen Tonnen. Wo sind die übrigen elfundneunzig bis zwölfeinhalb Millionen Tonnen geblieben? Ein Teil ist offenbar auf Schwund zu rechnen. Die übrigen aber sind — den bestehenden Verböten zum Trotz — in den Tiermagen gewandert. Die Ueberschuld der Tiere, insbesondere der Schweine, die wir im vergangenen Jahre gehalten haben, war jetzt, wie in früheren Jahren, unter Ungluck. Am 1. September 1916 wurden 17 261 000 Schweine in Deutschland gezählt, am 1. Dezember 1916 noch 17 002 000. Für diese gewaltige Zahl von Tieren standen, nach Erlaß des Kartoffelverfütterungsverbotes, neben den in der Kriegszeit nach Menge und Güte sehr mäßigen Abfällen, nur die für die menschliche Ernährung unbrauchbaren Kartoffeln und etwas Gerste zur Verfügung. Diese „erlaubten“ Futtermittel aber reichten bei weitem nicht aus, um eine so große Schweinezahl zu halten, geschweige denn zu mästen. Wo aber sind die mit diesen Stoffen gefütterten Schweine geblieben? Auch sie sind größtenteils „verjwunden“, das heißt der allgemeinen Volksernährung nicht zugute gekommen. Am 1. Dezember 1912 wurden zum Beispiel zirka 22 Millionen Schweine gezählt. In demselben Jahre aber wurden 24 Millionen Schweine schlachtungen vorgenommen. Man wird daher mit Sicherheit annehmen können, daß im Jahre 1916 mindestens 18 Millionen Schweine schlachtungen in Deutschland vorgenommen worden sind. Kontrolliert und angemeldet aber sind — mit Einschluß der Not schlachtungen — nur zirka 4 1/2 Millionen gewerbliche Schlachtungen für das Heer und die Zivilbevölkerung und zirka 6 Millionen Haus schlachtungen. Das sind 10 1/2 Millionen. Die anderen 7 bis 8 Millionen Schweine sind einfach „verjwunden“. Am 1. September 1916 wurden gezählt 11 205 000 Schweine unter 1/2 Jahr, 4 231 000 von 1/2 bis 1 Jahr, 1 825 000 über 1 Jahr alt. Wären nun, was

theoretisch angenommen werden mag, in der Zeit vom 1. September 1916 bis 1. März 1917 gar keine Schweine geschlachtet oder sonst abgegangen, so hätte die ganze erste und zweite Altersgruppe um je eine Stufe in die Höhe rücken müssen. Am 1. März hätten also 4 231 000 und 1 825 000 gleich 6 056 000 Schweine über 1 Jahr alt und 11 205 000 Schweine von 1/2 bis 1 Jahr vorhanden sein müssen. Gezählt aber wurden am 1. März 1917 nur 1 497 000 Schweine in einem Alter von mehr als 1 Jahr und 2 952 000 in einem Alter von 1/2 bis 1 Jahr. Die beiden Differenzen, 6 056 000 weniger 1 497 000 und 11 205 000 weniger 2 952 000, ergeben die Zahl der in diesem Halbjahre geschlachteten oder sonst abgegangenen Schweine. Das aber ergibt die stattliche Zahl von 12 910 000 Stück. An Haus schlachtungen aber wurden in dem genannten Zeitraum 5 175 000 angemeldet und zugelassen. An gewerblichen Schlachtungen, mit Einschluß der Not schlachtungen, aber wurden 2 211 000 vorgenommen. Kontrollierte Schlachtungen wurden also 7 386 000 gezählt. Der Rest von reichlich 5 1/2 Millionen Schweinen ist in dem Halbjahr vom September bis März einfach „verjwunden“. Die für das ganze Jahr ermittelte Zahl von 7 bis 8 Millionen findet darin eine Bestätigung. Da alle Not schlachtungen in der Zahl der gewerblichen Schlachtungen enthalten sind, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bei weitem überwiegende Mehrzahl der 5 1/2 Millionen verschwundenen Schweine auf un berechtigte und un angemeldete Schlachtungen zurückzuführen ist, auf Haus schlachtungen zum Zwecke des Schleichhandels. Die Schweine haben uns ein gut Teil der Kartoffeln und des Getreides weggefressen. Das mit diesen unerlaubten Futtermitteln erzeugte Fleisch und Fett aber ist der Allgemeinheit nur zu einem winzigen Teile zugute gekommen.“

Wenn das Volk solche Dinge erlebt hat, wie in den verfloffenen 6 Monaten, so kann man es ihm wahrhaftig nicht verdenken, wenn sich die Ansicht bei ihm befestigt, so etwas darf sich nicht mehr ereignen. Daher beklagen wir auch die Maßnahmen, die in verschiedenen Teilen des Reiches ergriffen werden gegen die Vereins- und Verjamm lungsfreiheit.

Wer den inneren Frieden will, der muß den materiellen Ursachen der Unzufriedenheit auf den Grund gehen, und wenn er sie ermittelt hat, dann muß er diese Ursachen beseitigen. Aber grunderföhrt ist es, die Instrumente zu zerbrechen, durch welche die Unzufriedenheit in gefahrloser Weise sichtbar wird und die dazu dienen, dieser Unzufriedenheit den nötigen Abfluß zu verschaffen. Dem inneren Frieden kann kein gefährlicherer Feind entstehen wie das Walten jenes Geistes, der die Wirkung für die Ursache hält.

Eine ganz unhaltbare Auffassung des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft.

Wir berichteten in Nr. 29 des „Textilarbeiter“ von einer Sitzung des Ausschusses für Handel und Industrie im Reichstage, in welcher der Reichskommissar Sthamer für die Uebergangswirtschaft vom Kriegs- zum Friedenszustand einen Bericht über die bisherigen Arbeiten des Kommissariats erstattet hatte. In jener Sitzung hatte unser Kollege Jäckel verlangt, daß in die in Aussicht genommenen Selbstverwaltungskörper für die einzelnen Industrien, also auch für die Textilindustrie, Arbeiter berufen werden sollten, denn es kämen bei den Maßnahmen, die in dieser Uebergangszeit zu ergreifen seien, nicht nur Interessen des Kapitals, sondern in weit empfindlicherer Weise für den einzelnen, auch Interessen der Arbeiter in Frage. Der Reichskommissar Sthamer lehnte sonderbarer Weise die Zuziehung von Arbeitervertretern ab, und zwar mit der durch die Erfahrungen des Krieges gründlich widerlegten Bemerkung: die Arbeiter würden in jenen Ausschüssen wenig positiv zu arbeiten vermögen.

Bisher haben die Arbeiter, die man in die Korporationen der Kriegswirtschaft rief, gezeigt, daß sie vorzüglich positiv zu arbeiten vermögen; es ist wirklich nicht einzusehen, warum das nicht auch in den Korporationen der Uebergangswirtschaft und — das wollen wir auch gleich sagen — später in den Korporationen der Friedenswirtschaft so geschehen soll. Der Sekretär des Großhändlerverbandes, der Reichstagsabgeordnete Reinath, hat die Zuziehung der Arbeitervertreter gleichfalls nicht für geboten erachtet. Von ihm verstehen wir das. Die Vertreter des Kapitals haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, Einrichtungen des Staates nur in den Dienst des kapitalistischen Interesses zu stellen. Inzwischen haben wir aber drei Jahre Weltkrieg gehabt, in dem die Arbeiter mit ihrem Blut die Existenzmöglichkeit des deutschen Handels und der Industrie verteidigt und damit erst die Voraussetzungen geschaffen

haben, daß Deutschlands Handel und Industrie sich für die Uebergangswirtschaft und, wie wir hoffen, recht bald für die Friedenswirtschaft einrichten kann. Glaubt wirklich die Regierung, diese Arbeiter nun bei der Neueinrichtung des Erwerbslebens völlig übergehen zu können? Es wäre mehr als Vermessenheit, wenn die Regierung diesen Glauben haben sollte. Davon kann gar keine Rede sein. Es müssen Vertreter der Arbeiter in die in Aussicht genommenen Selbstverwaltungskörper der Industrien berufen werden.

Die außerordentliche Generalversammlung unseres Verbandes hat dieser Frage eine ganz besondere Beachtung geschenkt. Sie hat bekanntlich eine Kommission eingesetzt, welche von Zeit zu Zeit zusammentreten hat, um zu den aufgetauchten Fragen der Uebergangswirtschaft, soweit Interessen der Textilarbeiter berührt werden, Stellung zu nehmen. Wir halten das für eine sehr notwendige Maßregel. Der Kommission fallen eigentlich noch andere Aufgaben zu. Der Krieg hat alle Handelsverträge zwischen den kriegführenden Ländern zerrissen. Die Handelsbeziehungen müssen in einzelnen neu geordnet werden. Das kann erst nach dem Frieden geschehen. Auf dem Weltfriedenskongreß wird nur der Rohbau für die zukünftige Handelspolitik gezeichnet werden. Die Einzelheiten werden erst später zur Regelung kommen. Auch dabei steht dann gerade für die Textilarbeiter viel auf dem Spiele, und da wird es Aufgabe der in Augsburg gewählten Kommission sein, die Verhältnisse zu sondieren und den Gegebenheiten und den die Gesetze ausführenden Körperschaften rechtzeitig mit dem Material zu versehen, aus dem zu ersehen ist, was im Interesse der Textilarbeiter bei jener Regelung der Handelsbeziehungen geschehen muß. Die Notwendigkeit der Einsetzung einer solchen Kommission haben wir schon vor Ausbruch des Krieges, für die damals für das Jahr 1917 vorzunehmende Erneuerung der Handelsverträge nachgewiesen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Kommission der Regierung den Nachweis erbringen wird, daß Arbeitervertreter positiv zu arbeiten vermögen.

Herr Reichskommissar Stamer wird inzwischen Gelegenheit bekommen haben, aus einer Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu ersehen, daß man dort weiß, wie positiv gearbeitet werden muß. An sämtliche Staatsministerien ging nachstehende Eingabe:

„Der unterzeichnete Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes erlaubt sich, beiliegende Abschrift eines Beschlusses zu unterbreiten, welcher in Sachen der Uebergangswirtschaft von der außerordentlichen Generalversammlung genannten Verbandes in Augsburg gefaßt worden ist. Er erucht das hohe Ministerium, die in dem Beschlusse zum Ausdruck gebrachten Wünsche erfüllen und jene Maßnahmen ergreifen zu wollen, welche im Interesse der gesamten Textilindustrie — der Textilunternehmer wie der Textilarbeiter — unbedingt vonnöten sind. Wie der Textilindustrie während des ganzen Krieges eine besonders exzeptionelle (Ausnahme) Stellung durch die Ereignisse und die Entwicklung angewiesen war, so wird das gleiche auch in der Uebergangswirtschaft der Fall sein. Während bedeutenden Industrien Deutschlands Rohstoffe und sonstige Hilfsmittel in der Hauptsache aus heimischen Märkten geliefert werden können, ist, wie bekannt, die Textilindustrie im Rohstoffbezug fast ausschließlich angewiesen auf das Ausland, und zwar hauptsächlich auf überseeische Gebiete. Der Rohstoffmangel der ganzen Welt, die Knappheit der Lebensmittel in allen Ländern, sowohl den vom Krieg betroffenen als auch den vom Krieg nicht betroffenen, der Kohlenmangel in der ganzen Welt und vieles andere werden auch nach dem Kriege eine ungehinderte Zufuhr von Textilrohstoffen nicht zulassen. Viele Monate, vielleicht Jahre werden vergehen, bevor die Maschinerie in alter geübter Weise zu bewegen vermag. Das gleiche trifft zu bezüglich der Verteilung der von der Textilindustrie Deutschlands unter solchen erschwerenden Umständen angefertigten Fabrikate.“... (Es folgt hier eine Schilderung der Markt- und Absatzverhältnisse für Textilwaren, deren Abdruck unterbleiben muß. D. R. d. T.)

Dann heißt es weiter:

„Die Verteilung der Fabrikate auf den Handel sowie der Weitervertrieb an das konsumierende Publikum, die Herbeiführung erschwänglicher Preise der von den Massen benötigten Artikel bilden Probleme, die in der ernstesten Weise zu bearbeiten sind. Desgleichen ist die Wiedereinstellung der Textilbetriebe auf die Friedenswirtschaft, die Zurückführung der Textilarbeiter in die Textilindustrie, die Frage der Arbeitsvermittlung und der sogenannten Textilfürsorge, Lohnfrage und Arbeiterchutz von eminenter Bedeutung.“

Bei alledem spielen aber Arbeiterinteressen eine ganz hervorragende Rolle. Wenn die besondere Stellung der Textilindustrie es rechtfertigt, daß im Reich sowohl wie in allen Bundesstaaten, welche von Textilindustrie durchsetzt sind, besondere Beiräte resp. Ausschüsse gebildet werden, denen alle die Uebergangswirtschaft der Textilindustrie bezügliche Fragen vorzulegen sind, so rechtfertigt es das Interesse der Textilarbeiter sowie auch das Interesse der gesamten Industrie, zu diesen Ausschüssen Vertreter der organisierten Arbeiter hinzuzuziehen. Der unterzeichnete Vorstand kann sich nicht der Meinung anschließen, daß der Wunsch der Arbeiter, in diesen Ausschüssen vertreten zu sein, nicht gerechtfertigt sei, weil vielfach reine Fragen des Kapitals, des Großhandels usw. zur Beratung stehen. Wie die Unternehmer, die in der Hauptsache in diesen spezifisch kapitalistischen Fragen orientiert sind, mitzureden haben in eigentlichen Arbeiterfragen, so muß umgekehrt aus Gründen der Parität sowohl wie aus Gründen des allgemeinen Interesses der Arbeiter mitbeteiligt sein, wenn es sich um kapitalistische Fragen der Industrie handelt, welche ihm Geschäftsgang gibt. Wie das Kapital wertlos ist und nicht zu funktionieren vermag ohne die vom Arbeiter hingebene Arbeitskraft, so kann unter der heutigen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeiter seine Arbeitskraft nicht verwerten ohne die Betätigung des Kapitals. Beide Teile, Kapital und Arbeit, haben also ein Recht, in allen in Betracht kommenden Fragen der Industrie mitzuraten und mitzutaten.

Der unterzeichnete Verein erwartet deshalb, daß das Staatsministerium entsprechend den im Beschlusse der

außerordentlichen Generalversammlung niedergelegten Wünschen handelt und zeichnet, einer gefl. Antwort entgegengehend, mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

H. M.: Herm. Säckel.

Der Beschluß lautet:

„Die Textilindustrie ist durch den infolge des Krieges eingetretenen Rohstoffmangel sehr hart betroffen. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie mußten in anderen Industrien Unterkunft suchen, Hunderttausende blieben arbeitslos. Deshalb ist die Frage der Uebergangswirtschaft für die Textilarbeiter von der größten Bedeutung.“

Die Wiederherstellung der vollen Leistungsfähigkeit der Textilindustrie bedingt die sofortige Erörterung aller mit der Uebergangswirtschaft zusammenhängenden Fragen und die Mitarbeit der daran interessierten Kreise. Dazu gehören neben der Reichsregierung, den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und den Gemeinden auch die Textilindustriellen und die Textilarbeiter.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß

- I. die Reichsregierung zu den Ausschüssen und Beiräten für Uebergangswirtschaft auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zuzieht;
- II. a) die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, in denen die Textilindustrie einen beachtlichen Bestandteil der Volkswirtschaft bildet, je einen Ausschuß berufen, dem auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen angehören müssen;
- b) soweit Bezirksausschüsse notwendig sind, auch in diese solche Vertreter berufen werden;
- III. in alle Ausschüsse nur solche Arbeitervertreter berufen werden, die von den Textilarbeiterorganisationen vorgeschlagen werden.

Die Tätigkeit der Ausschüsse hat sich auf alle Fragen der Uebergangswirtschaft zu erstrecken, insbesondere auch auf:

1. die Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe,
2. die Wiedereinstellung der Textilbetriebe auf die Friedenswirtschaft,
3. die Zurückführung der Textilarbeiter in die Textilindustrie,
4. die Arbeitsvermittlung,
5. die Arbeitslosenfürsorge,
6. die Lohnfrage und
7. den Arbeiterchutz.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird beauftragt, unverzüglich Schritte zu unternehmen, welche die Reichsregierung und die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten veranlassen, die Ausschüsse für Uebergangswirtschaft zu berufen und Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zuzuziehen.“

Sobald Antworten vorliegen, kommen wir auf die Sache zurück. Aber schon heute geben wir der Erwartung Ausdruck, daß der Standpunkt des Reichskommissars in dieser Sache so schnell wie möglich verlassen wird. Seine Einnahme zeugt nicht von Staatsklugheit.

Aus der Textilindustrie.

Eine Berichtigung.

Die Firma Hamburger Lautwerk-Fabrik Stopfchinski u. Wienke sendet uns folgende Berichtigung:

„Mit Bezug auf Ihren Artikel „Zwei Textilfabrikanten“ in Nr. 30 Ihrer Zeitung „Der Textilarbeiter“ eruchen wir auf Grund des Freigelegtes um nachfolgende Berichtigung. Es ist unklar, daß unsere organisierten Arbeiter derzeit an den Verband wegen Lohnforderung herangetreten sind. Außer einer 15-jährigen Arbeiterin gehörten unsere Leute der Organisation nicht an. Erst nach der Agitationsversammlung am 22. Mai d. J. traten einige 20 Personen dem Verbande bei, weil er ihnen eine 50prozentige Lohnhöhung versprach. Daraus geht klar hervor, daß nicht unsere Arbeiterschaft an den Verband herangetreten ist, sondern der Verband an unsere Arbeiterschaft.“

Weiter ist unklar, daß wir den Geschäftsführer des Verbandes in Hamburg wegen seiner Befreiung vom Militär angegeigt haben. In unserem Berichte an die Behörde haben wir uns lediglich auf den Boden der Tatsachen gestellt, indem wir berichteten, daß der Geschäftsführer des Verbandes stets Schwierigkeiten bereitet, so sei es vor seinem Eintritt und jetzt nach seiner Entlassung vom Militär gewesen. In der Zwischenzeit herrschte Zufriedenheit unter unsern Arbeitern.“

Hamburger Lautwerk-Fabrik Stopfchinski u. Wienke.

In Wollm.: Krohn.“

Wir haben die Berichtigung aufgenommen, nicht, weil sie etwas berichtigt, sondern weil sie das Wesentliche des von uns Berichteten bestätigt. Wir hätten die Berichtigung nicht aufnehmen brauchen, weil sie Dinge „berichtigt“, die wir gar nicht behauptet haben. Wir haben gar nicht behauptet, daß die „berichtigende“ Firma „den Geschäftsführer des Verbandes wegen seiner Befreiung vom Militär angezeigt habe“, sondern wir sagten: „Auch wurde auf die Reklamation Frau Böjes (in dem an die Polizei gerichteten Schreiben) hingewiesen.“ Das bestätigt aber die „Berichtigung“ in ihren letzten beiden Sätzen. Auch zeigt die „Berichtigung“, daß die „Berichtigenden“ — hier müssen wir sagen, erfreulicherweise — nicht die geringste Kenntnis besitzen von dem Organisationsverhältnis der Arbeiterschaft. Aber selbst wenn der Verband an die Arbeiterschaft herangetreten wäre, und nicht umgekehrt die Arbeiterschaft an den Verband, so hätte die Firma Stopfchinski u. Wienke zu ihrem polizeilichen Vorgehen gegen unseren Hamburger Geschäftsführer auch nicht das geringste gesetzliche Recht gehabt.“

101 neue Aufnahmen sind im Laufe des Monats Juli in Nowawes gemacht worden. (Es wäre uns sehr erwünscht, wenn wir aus allen Filialen, die in letzter Zeit erhebliche Mitgliederzunahmen machten oder solche in den kommenden Monaten machen, darüber Bericht erhielten. Der werbende Wert solcher Notizen ist unbestreitbar. D. Red.)

Die englischen Textilarbeiter für Stockholm. „Daily Telegraph“ berichtet aus Blackpool, daß in einer Versammlung des Textilarbeiterverbandes beschlossen wurde, für die Teilnahme an der internationalen Konferenz in Stockholm

zu stimmen. Es werden infolgedessen auf der Londoner Konferenz, die diese Woche abgehalten werden soll, die Stimmen einer Viertelmillion Textilarbeiter zugunsten der Besichtigung der Stockholmer Konferenz abgegeben werden.

Die Absperrung der Rohseidenzufuhr ist eingetreten. Die gegen Deutschland kriegführenden Staaten sind nun auch dazu übergegangen, der deutschen Seidenindustrie den Rohstoff abzusperren. In der Sitzung der Handelskammer zu Krefeld vom 18. Juli berichtet darüber Herr Holstein das Folgende:

Die Bestrebungen der Entente gehen darauf hinaus, nachdem sie uns militärisch nicht bezwingen kann, uns wirtschaftlich zu ruinieren. Ein Rohstoff nach dem andern wird uns abgeschnitten, und was wir längst erwartet haben, ist heute eingetreten. Die Zufuhr von Rohseide nach Deutschland ist seit 14 Tagen unterbunden.

Am 27. Juni haben Italien und Frankreich ihre Grenzen für Rohseide gesperrt. Man ist übereingekommen, an die Schweiz für deren eigenen Gebrauch ein gewisses Kontingent, in diesem Falle 1 800 000 Kilogramm gezwirnter Seiden, zu bewilligen, nachdem man im Herbst vorigen Jahres schon die einfachen Garne (Regen) nur für den eigenen Schweizer Verbrauch hatte herausgehen lassen. — Alle Seiden nach der Schweiz gehen durch die S. S. S. (Société Surveillance Suisse) und muß man damit rechnen, daß jetzt kein Kilo Seide mehr nach Deutschland kommt, da die Schweiz zum Schutze ihrer eigenen Industrie auch ihrerseits am 5. Juli die Ausfuhr von Rohseiden nach Deutschland sperren mußte.

Die deutsche Seidenindustrie hat diese Sperre mit Ruhe aufgenommen, da die Verbraucher bis in das neue Jahr hinein genügend versorgt sind, und da außerdem die Levante durch die Vermittlung der Levante-Seiden-Gesellschaft immerhin ganz ansehnliche Mengen weiter liefern kann.

Bei dieser Gelegenheit sei es gestattet zu bemerken, daß die Gründung der Levante-Seiden-Gesellschaft für die deutsche Seidenindustrie von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen ist. Ganz abgesehen davon, daß durch die Gründung dieser Gesellschaft der wilde Handel unmöglich gemacht wurde, kann die Gesellschaft das Verdienst für sich beanspruchen, preisbeschränkend gewirkt zu haben, indem sie ihre Einkäufe weit unter Tageswert der deutschen Industrie zuführte. Gätte die Gesellschaft nicht bestanden, so würde bei der bekanntlich großen Geschäftstüchtigkeit der Orientalen eine ganz andere Preislage geschaffen worden sein.

Man hatte eine solche Maßregel schon lange erwartet und sich infolgedessen so stark wie möglich eingedeckt. Die deutsche Seidenindustrie kann daher die Sperre in der Tat mit großer Ruhe aufnehmen.

Bei der Papiergarnverarbeitung verdienen die Unternehmer reichlich Geld. Die mechanische Buntweberei vorm. Kolb u. Schüle Akt.-Ges. in Kirchheim u. Teck war auf diesem Gebiete im abgelaufenen Geschäftsjahre umfangreich tätig. Diese Tätigkeit der Arbeiter hat den Aktionären reichen Gewinn eingetragen. Der Bruttogewinn beziffert sich auf 950 000 Mk. bei 120 026 Mk. Abschreibungen; verbleibt einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 373 654 (378 633) Mark. Es wird vorgeschlagen, 15 Proz. Dividende zu zahlen.“

Zur Mindestlohnfrage in der Textilindustrie im Fürstentum Reuß a. L. (Greiz) ist an die Landesregierung folgendes Schreiben gerichtet worden:

Betrifft: Greiz, den 24. Juli 1917.
Garantie-Arbeitslöhne in der Textilindustrie in Reuß a. L.

An Fürstliche Landesregierung in Greiz.
Die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes fordern laut Beschluß einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung (Tagung Juni 1917 in Augsburg) die Einführung und Festsetzung von Garantie-Lohnneinkommen aus dem Arbeitsverhältnis in der Textilindustrie. Die Höhe soll den Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst entsprechend angemessen und auskömmlich bemessen werden.

Zur baldmöglichsten Verwirklichung obiger Forderung ist die Vermittlung der Landesregierungen angerufen worden.

Unter Vorsitz der Königl. Bayerischen Regierung haben Aussprachen und Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der Textilindustrie erfolgreich stattgefunden, so daß Mindeststundenlöhne — in Bayern, Württemberg und Baden zunächst nur für Papiergarnherstellung und -verarbeitung (einschließlich für Mischgarne) — in Kraft getreten sind. Es besteht aber die Hoffnung, daß diese Mindeststundenlöhne noch bedeutend erhöht werden und dann Anwendung für die gesamte Textilindustrie finden; sie betragen jetzt für

| | | | |
|---------------|--------------------------|--------------|---------------|
| | im Alter von 14—16 Jahre | bis 18 Jahre | über 18 Jahre |
| Arbeiter | 25 Pf. | 38 Pf. | 50 Pf. |
| Arbeiterinnen | 25 „ | 32 „ | 38 „ |

Das Königlich Sächsische Ministerium des Innern in Dresden hat am 13. Juni 1917 (Nr. 503 11 IIa) an die Kreishauptmannschaften und an die Stadträte der Städte mit revidierter Städteordnung ein Schreiben gerichtet, daß für die Textilindustrie Mindeststundenlöhne bezirksweise festgesetzt werden müssen. Für die Amtshauptmannschaftsbezirke Dresden und Umgebung waren zur Festsetzung von Mindeststundenlöhnen berufen: Vertreter der Behörden unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der Textilindustrie und der Ausschüsse der Textilarbeiterarbeitslosenfürsorge. Als Mindeststundenlohn wurde festgesetzt:

| | |
|---------------|-------------------------------|
| für Arbeiter | Mindeststundenlohn 65 Pf. und |
| Arbeiterinnen | 45 „ |

Aus den übrigen Amtshauptmannschaften wird berichtet, daß dort demnächst ebenfalls die Höhe der Mindeststundenlöhne für die Textilindustrie festgesetzt werden soll; sie wird, da ja die Preise für alle Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und für die Lebenshaltung allerorts fast gleich hoch sind, hinter der für Dresden und weitere Umgegend nicht zurückbleiben dürfen.

Als einem Antwortschreiben vom Ministerium des Innern in der Nachbarstadt Gera, das um Vermittlung zur Festsetzung von Mindest- oder Garantielöhnen angerufen war, ist erwidert, daß der Vorstand des Verbandes Sächsischer Textilindustrieller in Greiz, es grundsätzlich ablehnt, der Festsetzung von Garantielöhnen zuzustimmen. Ein besseres Resultat wird auch nicht zu erwarten sein, wenn

die in deren Betrieben anerkannten Arbeiterausschüsse im Auftrag der gesamten Textilarbeiterchaft direkte Verhandlungen nachsuchen.

Hier bedarf es der Vermittlung durch die hohe Fürstliche Landesregierung in Greiz.

Im Auftrag unserer Mitglieder in der Filiale Greiz und Umgegend des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Beschluß am 24. Juli 1917, in Grimms Lokal, bitten wir die hohe Fürstliche Landesregierung in Greiz, behufs Erzielung einer Einigung für Festsetzung von Mindestlöhnen in der Textilindustrie eine Aussprache anzubereiten, zu der Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen eingeladen werden sollen.

Wir hoffen, daß das Ergebnis ein für die Textilarbeiterchaft günstiges sein wird, so daß künftig die Forderung auf Mindestlöhne keine Störung in der heimischen Textilindustrie hervorzurufen braucht.

Ergebnis

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Greiz und Umgegend. Hugo Schönfeld, Filialgeschäftsführer, Breuningstr. 12.

Zur Lebensmittelversorgung.

Der Schlußakt der Kohlrübentragödie.

In der „Verbrauchswirtschaft im Kriege“, dem Organ des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, lesen wir: „Von den 80 Millionen Zentnern Kohlrüben, welche feinerzeit die Reichskartoffelstelle aufgekauft hat, ist ein nicht geringer Teil, um ihn vor völligem Verderben zu retten, zu einem meist arg minderwertigen Dörrgemüse verarbeitet worden. Sogar Rübenmehl hat man daraus gemacht, aber auch dieses will kein Mensch kaufen, weil es schon merkwürdig aussieht. Kohlrüben kosteten 2,50 Mk. der Zentner, Kohlrübenmehl 110—130 Mk. Die Trockner werden also auf ihre Rechnung gekommen sein, nicht aber die Gemeinden, die jetzt mit ihren großen Reserven haushieren gehen und sich gegenseitig — eine seltene Kriegsercheinung — die Preise herunterdrücken. Woran man erkennen kann, wie schlecht die Ware sein muß. Nun hat man sie „verschönt“, nämlich mit Kartoffelmehl gemischt, und so soll sie schlüsselfähig als Wrukenkartoffelmehl den Kommunalverbänden aufgeschafft werden. In Bayern erklärt man diese sogar für abnahmepflichtig! Aber die Gemeinden wissen, daß die Einwohnerchaft zur Abnahme dieses Zeugens nicht gezwungen werden kann, und deshalb liebäugelt man mit dem Gedanken, die Bäcker mit dem Rübenmehl zu beglücken und es den Verbrauchern so hinten herum zuzuführen. Die Sache hat da aber noch einen besonderen Haken, denn das bisherige Brotmehl kostet durchschnittlich 28 Mk. der Zentner, während das Rübenmehl 115 Mk. kosten soll. Jede Streckung mit minderwertigem würde also zugleich eine erhebliche Verteuerung bewirken. Gegen solche Ablichten müssen sich die Gemeindeverbände, Bäcker und Verbraucher mit allem Nachdruck wenden, damit das Rübenmehl dorthin kommt, wo es stets hingehörte: in den Futtertrog.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ winkt aber auch schon für die Schweinezüchter ab, wenn sie schreibt: Ganz unsere Meinung! Nur hat das Organ des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen zweierlei übersehen: Einmal ist es fraglich, ob die Schweine geneigt sind, das fortgesetzte „veredelte“ Produkt noch anzunehmen. Zum andern aber dürften sich die Landwirte angehts der herabgesetzten Schweinepreise überlegen, den erwähnten Preis von 110 Mk. für den Zentner Rübenmehl zu bezahlen. Also auch der Futtertrog bedankt sich!

Also was selbst den Schweinen zu fragwürdiger Natur ist, das will man für teures Geld den Menschen aufzwingen. Vielleicht bietet man es einmal den Herrschaften vom Kommerzrat aufwärts an. Die haben keine frische Kohlrüben genossen, also mögen sie jetzt das Kohlrübenmehl genießen.

Zur Nachahmung empfohlen?

Eine größere praktische Beteiligung der Arbeiterchaft an der Regelung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung versucht der Stadtrat in Bittau zu verwirklichen. Zu diesem Zwecke hat er an die zahlreichen Bittauer Fabrikbetriebe eine öffentliche Aufforderung erlassen, in der er mitteilt, daß der Stadtrat zur Aufklärung über schwebende Fragen der Volksernährung beachtliche, noch nähere Fühlung mit den erwerbstätigen Kreisen der Bevölkerung zu nehmen als bisher. In den Fabrikbetrieben von mindestens zehn Arbeitern an sollen von der Arbeiterchaft Vertreter gewählt werden, die in bestimmten Zeiträumen zu Versammlungen einberufen werden sollen, in denen Aufklärung gegeben, Anregungen entgegengenommen und berechtigten Klagen nachgegangen werden soll. Auf je 50 Arbeiter soll je ein Vertreter gewählt werden. Auch die Abordnung der Frauen ist erwünscht. — Diese Einrichtung sollte überall durchgeführt werden, mancher Uebelstand könnte aufgedeckt und abgestellt werden, unter dem die Arbeiter zu leiden haben.

Auffeherregende Nachricht über die Kartoffelernte 1917.

Nach dem „Reichsboten“ hat in der Bochumer Stadtverordnetenversammlung der Stadtv. Schick aufsehenerregende Mitteilungen über die Kartoffelversorgung gemacht. Herr Schick, der längere Zeit als Gefangenengeleiter in Pommern war, behauptet, gesehen zu haben, wie man dort nur die Hälfte der Kartoffeln ausgemacht habe, die andere Hälfte dagegen in der Erde stecken ließ, um sie im Frühjahr zum Schnapsbrennen verwenden zu können. Auf den Gütern sei in jeder Weise passiver Widerstand geleistet worden. Herr Schick berichtet:

Als die Kolonnen auf dem Gute, auf dem ich mit den Gefangenen war, ankam, ließ man sie zuerst halbe Tage lang herumstehen und warten, ehe man überhaupt von ihnen Notiz nahm, und dann schickte man sie aufs Geratewohl auf das Feld hinaus, obwohl man sehr gut wußte, daß sie sich auf so großen Gütern von 400 bis 500 Morgen nicht zurechtfinden konnten. So irrten die Kolonnen auf den weiten Feldern umher, man schickte sie von einer Stelle nach der andern, und so wurde trotz allen Eingreifens der Militärbehörden noch nicht ein Bruchteil der Kartoffeln an die Bahn gebracht wie in gewöhnlichen Zeiten, einfach, weil es die Gutsverwaltungen so sehr an gutem Willen fehlen ließen, daß jedem, der unsere Not im Westen kannte, das Blut in den Kopf steigen mußte. Die Gutsverwaltungen wollten einfach nicht so viel Kartoffeln ab-

liefern, als von ihnen verlangt war, weil sie ein viel größeres Interesse daran haben, die Kartoffeln zu Schnaps zu brennen. Jedes Gut besitzt entweder selbst eine Brennerei oder ist als Genossenschaftler an einer Großbrennerei beteiligt. Deshalb werden die Kartoffeln nur oberflächlich und kaum zur Hälfte ausgemacht, damit möglichst viele Kartoffeln für die weit rentablere Schnapsbrennerei übrig sind und man läßt die Kartoffeln deswegen im Boden stecken und erziehen, weil sie sich in erstorenem Zustande viel besser zum Schnapsbrennen eignen. Weil es an dem nötigen guten Willen fehlt, deshalb haben die Gutsverwaltungen auch die Fuhrkolonnen der Militärverwaltung auf den grundlosen Feldwegen umherirren lassen, statt dafür zu sorgen, daß sie möglichst viel Kartoffeln zur Bahn befördern konnten. Und deshalb haben wir im Westen gehungert.

Herr Schick forderte, daß in diesem Jahre energisch durchgegriffen werden müsse. Er sei der festen Ueberzeugung, daß genug Kartoffeln da seien, wenn sie nur abgeliefert würden. Der „Reichsbote“ ergänzt diese Mitteilungen durch die Wiedergabe von Erzählungen darüber, daß auch in der Nähe Berlins oberflächlich die Kartoffeln eingemietet worden seien, damit sie erfrören sollten, um zu Brennzwecken verwertet werden zu können.

Es ist bedauerlich, daß Herr Schick erst jetzt mit seinen Mitteilungen hervortritt. Jedenfalls ist es aber Pflicht der Reichskartoffelstelle, sofort diesen Dingen energisch nachzugehen und die Deffentlichkeit darüber zu unterrichten, ob es sich wirklich so verhält, wie es Herr Schick erzählt hat.

Hierzu bemerken wir noch, daß auch in Schlesien solche skandalöse Vorgänge nachgewiesen werden können. Dem Schreiber dieser Zeilen wurde am 4. August in Reichenbach i. Schl. von ähnlichen Vorgängen Mitteilung gemacht. Auch dort haben Rittergüter mit Brennereien Kartoffeln erfrören lassen, um Spiritus herstellen zu können.

Eine Blüte des Obstwuchers.

Auf dem bei Mühlhausen in Thüringen gelegenen, der Stadt gehörigen Gute Sambach erzielte der Pächter für den diesjährigen Obstertrag von einem Erfurter Bieter den Preis von 10 000 Mk., wovon für den Auktionator 500 Mk. abfielen. Im Vorjahre erbrachte die gleiche Obstanlage nur 960 Mk. Der Pächter zahlt an die Stadt Mühlhausen für das gesamte Gut von 800 Morgen jährlich 9000 Mk. an Pacht; er hat also allein aus dem Obst rund 1000 Mk. mehr herausgeschlagen.

Berichte aus Fachkreisen.

Greiz. (Gründungsfeier des Deutschen Textilarbeiterverbandes.) Am Dienstag, den 24. Juli, hielt die Filiale Greiz des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Grimms Lokal eine glänzende Feier anlässlich ihres 25jährigen Bestehens ab. Von einer größeren Veranstaltung mußte angehts der Kriegs- und wirtschaftlichen Lage Abstand genommen werden. Eingeleitet wurde der Abend durch Vortrag des Liedes „Lord Koleson“ durch den Arbeitergesangsverein Greiz, der seine noch vorhandenen Kräfte in den Dienst des Abends gestellt hatte. Die Sänger ertrieten später noch mit dem Männerchor „Frühling am Rhein“. Wenn man auch bei so schwacher Beziehung keine Kunstleistungen verlangen kann, so muß doch konstatiert werden, daß sich die Sänger trotz aller mäßigen Verhältnisse recht wader gehalten haben. Genossin Fischer brachte hierauf einen stimmungsvollen poetischen Festzug zum Vortrag und anschließend hieran hieß Kollege Schönfeld die Anwesenden im Namen der Filiale willkommen. Er gedachte in erster Linie der Gründer und Jubilare, denen ein besonderer, mit Blumen geschmückter Ehrenplatz eingeräumt war. Ferner gedachte er aller derer, die fern von uns weilen und der Feier nicht beiwohnen konnten, wie auch derjenigen, die in fremder Erde der grüne Rasen deckt. Und ferner der „Silbergrauen“, die an Stelle der Feldgrauen wieder in „Reich und Glanz“ in die Verbandsarbeit getreten sind. — Kollegin Wachtla Goppe (Berlin) überbrachte Grüße des Zentralvorstandes und würdigte in einem einstündigen Referat die Arbeit und Verdienste der Organisation innerhalb des abgelaufenen Vierteljahrhunderts und ebenso die Verdienste der Gründer, die das schwere Werk unter den ungünstigen politischen Verhältnissen in Reuß a. L. begründet haben, dabei die Hoffnung aussprechend, daß der alte Kampfesgeist erhalten bleiben und die Verbandsfiliale auch weiter gedeihen möge. — Kollege Bretschneider (Gera) referierte sodann über das Thema: „Festsetzung von Mindestlöhnen“. Er schilderte, welche Schritte in dieser Beziehung unternommen worden sind, daß die Regierung in Bayern die Unternehmer zu Verhandlungen in dieser Frage veranlaßt hat, die nicht ohne Erfolg waren. Er wies ferner darauf hin, daß auch die sächsische Regierung anregend auf die Amtshauptmannschaften eingewirkt habe, mit dem Erfolg, daß z. B. in Reichenbach, Mühlhausen, Reuscha u. Mindestlöhne, freilich aber noch recht niedrige, festgesetzt worden seien, um dann das negative Ergebnis bekanntzugeben, daß die Regierung von Reuß j. L. bei den Unternehmern des sächsisch-thüringischen Webereiverbandes erzielt hat. Dieser Verband lehnte es prinzipiell ab, sich auf diese Forderung einzulassen. Redner empfahl, die Vermittlung der Regierung von Reuß a. L. anzurufen und unterbreite eine diesbezügliche Resolution, die von den Anwesenden einstimmig angenommen wurde. — Im Namen der Gründer ergriff Kollege Franz Reustel das Wort. Er beleuchtete die politischen Verhältnisse hinsichtlich des Vereins- und Versammlungswesens im Fürstentum zur Zeit der Gründung der Filiale und die großen Schwierigkeiten, die sich dem Emporstreben der Arbeiterklasse entgegenstellten. Er wies auf die Unterdrückung zur Zeit des Sozialistengesetzes hin, wie die Arbeiterchaft sich nach dessen Fall redte und dehnte und zum Zusammenbruch drängte. Dabei erwähnte er die großen Klassenkämpfe der Jahre 1882 und 1890, die geführt wurden, ohne daß eine Organisation vorhanden war. Er wies aber auch auf die berechtigten Lebens- und Wirtschaftsbedingungen des hiesigen Industriebezirks hin und die Entwicklung nach Aufwärts durch den zähen und ausdauernden Kampf der vorgehenden Arbeiter und deren Organisation, trotz aller Drangsalierung der einzelnen im Vordertreffen stehenden Kollegen. Mit der Aufforderung an die Anwesenden und besonders an die Frauen, sich immer vom starken Willen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage befehlen zu lassen und für weitere Festigung und Stärkung der Organisation zu wirken, schloß er seine Ansprache. — Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Schönfeld fand die Feier nach vor der „Schlußzeit“ ihr Ende.

Landeshut. Seit zwei Monaten stehen die hiesigen Textilarbeiter und -arbeiterinnen in einer Lohnbewegung zur Erreichung von Mindestlöhnen. Die Unternehmer lehnen aus sozialpolitischen Gründen und aus Prinzip diese Forderungen ab. Gewährt wurde auf die zu erzielenden Löhne 20 Proz. Zuschlag; damit sollen sich die Textilarbeiter zufrieden geben. Dies ist aber ausgeschlossen. Wer die Lohnverhältnisse der Textilarbeiterchaft nicht aus eigener Anschauung kennt, hält es nicht für möglich, daß selbst die tüchtigsten Spezialarbeiter und -arbeiterinnen mit wöchentlichen Löhnen von 12 bis 13 Mk. bei 55stündiger Arbeitszeit nach Hause gehen. Weil nun alle Bemühungen seitens der Arbeiterausschüsse, eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung zu finden, ohne Erfolg blieben, hat die Abteilung Feinspinnerei der Firma N. Mintel am Sonnabend, den 28. Juli, die Kündigung eingereicht. Denn bei den jetzt noch zu erzielenden Löhnen von 12 bis 13 Mk. einschließlich der 20 Proz. Lohnhöhung und der wöchentlichen Teuerungszulage ist es gänzlich ausgeschlossen, die Erzeugnisse zu fristen zu können. Zu beachten ist dabei, daß es sich um außerordentlich hochwertige Qualitätsarbeit handelt. Nur durch jahrelange Übung ist die erforderliche Geschicklichkeit zu erlangen. Hier beschäftigt sich

wieder die Regel, daß der Lohn nicht nach der Geschicklichkeit oder Leistung, sondern nach dem Angebot von Arbeitskräften bemessen wird. Dies war bisher der Fall. Jetzt haben die betreffenden Arbeiterinnen aber erkannt, daß es unmöglich ist, noch weiter für einen solchen Hungerlohn zu arbeiten. Noch versucht die Betriebsleitung, durch Drohungen und leere Versprechungen die Arbeiterinnen zur Zurücknahme der Kündigung zu veranlassen. Damit ist nichts zu erreichen. Kommt die Direktion nicht mit Zugeständnissen auf Mindestlöhne entgegen, so wird die Kündigung aufrechterhalten. Wer noch weiterhin bei den bestehenden unerschwinglichen Preisen für alle Lebens- und Bedarfsartikel den Textilarbeitern und -arbeiterinnen zumutet, unter einem stückeladen Lohnsystem weiterzuarbeiten, hat verwirkt, als Menschenfreund betrachtet zu werden. Im Interesse aller wird deshalb erwartet, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen recht bald die für ihre Existenz notwendigen Forderungen bewilligt werden.

Landeshut. Am Mittwoch, den 1. August, wurde unter dem verschärfsten Belagerungszustande eine Mitgliederversammlung abgehalten, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Der verstorbene Mitglied Johann Balzer-Mikemik und Frieda Krause-Landeshut wurde in ehrender Weise durch Erheben von den Plätzen gedacht. Den Bericht über den Stand der Lohnbewegung erstattete der Geschäftsführer Scholz. Die Forderungen auf Mindestlöhne haben bekanntlich die Unternehmer aus Prinzip abgelehnt, sie haben gehofft, mit einer 20prozentigen Lohn-erhöhung die unter den schwersten Verhältnissen leidende Textilarbeiterchaft befähigen zu können; das hat sich aber nicht erfüllt. Konnte sich bei den bestehenden ungünstigen Arbeitsverhältnissen auch nicht erfüllen. Die zuständigen Arbeiterausschüsse haben deshalb wiederholt versucht, Verhandlungen über die schwebenden Differenzen zustande zu bringen, leider nur mit negativem Erfolg. Was ja leicht erklärlich ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Kriegsalter durch den am 3. Juli anwesenden Vertreter zum Ausdruck bringt, daß es die Haltung der Unternehmer als richtig anerkennt. Den Arbeiterausschüssen blieb kein anderer Weg übrig, um die Lohnsache zur Entscheidung zu bringen, als den zuständigen Schlichtungsausschuss anzurufen. Wie hoch die Erregung durch die ungenügenden Löhne gestiegen ist, das beweist die vollzogene Kündigung der Feinspinnerinnen bei der Firma Mintel. Wer die Tätigkeit der Arbeitergruppe kennt, der weiß, daß sie eine außerordentliche Geschicklichkeit und Intensität bei schlechter Luft und großer Hitze entwickeln müssen. Der verdiente Lohn steht dazu in gar keinem Verhältnis. 12—13 Mk. einschließlich Zulagen sind bei 55stündiger Arbeitszeit nur zu verdienen. Sogenannte Mitspinner haben wohl etwas mehr Lohn, aber zu der doppelt hohen Arbeitskraftanforderung auch kein Einkommen, um dabei bestehen zu können. Die Betriebsleitung versuchte durch gutes Zureden die Arbeiterinnen zu bestimmen, die Kündigung wieder rückgängig zu machen. Die Arbeiterinnen blieben aber fest. Erfolglos blieben auch die Versuche der Unternehmer in der am 1. August abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Unternehmer und Arbeiterausschüsse. Arbeiterausschüßmitglieder erklärten in dieser Sitzung unter allgemeinem Beifall, daß die Spinnerinnen nicht geneigt sind, die Kündigung zurückzunehmen, es sei denn, daß die Forderung auf Mindestlöhne erfüllt würde. Die Unternehmer erklärten, daß sie von ihrem Standpunkt nicht abgehen könnten, übrigens sei ja der Schlichtungsausschuss angerufen; sie warten in Ruhe dessen Schiedsspruch ab. Damit wollte man die Sitzung abbrechen; es entspann sich aber eine rechte regge Aussprache, in der den Unternehmern derb die Wahrheit gesagt wurde. Ein Arbeiterausschüßmitglied wies auf die rapide Entwicklung der hiesigen Textilindustrie hin, die nur ermöglicht wurde durch den emsigen Fleiß und die sprichwörtlich gewordene Genügsamkeit der Arbeiterchaft. Diese Entwicklung zeige, daß die Textilarbeiter nicht nur Mindestleistungen, sondern Höchstleistungen vollbracht haben. Die Unternehmer hielten sich auf diesen Hinweis in tiefes Schweigen. Sie gaben dadurch zu, daß es so gewesen ist. Der Vorsitzende, Herr Rittmeister Methner, hob darauf die Sitzung nach zweistündiger Dauer auf. Die versammelten Mitglieder nahmen den Bericht mit regem Interesse und die daran geknüpften Kritik mit Beifall entgegen. In der sich anschließenden Aussprache erklärten alle Redner, daß an ein Abgehen von der Forderung der Mindestlöhne nicht mehr zu denken sei. Sollten die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren, so würde man lieber ohne Arbeit bleiben, als bei Arbeit zugrunde zu gehen. — Hierauf wurde die Abstimmung vom 2. Quartal gegeben. Die Einnahme betrug einschließlich eines Kassenbestandes von 1. Quartal von 385,56 Mk. 6084,77 Mk. die Ausgabe 5840,60 Mk., darunter 3920 Mk. an die Hauptkasse. Es verblieb für neue Rechnung ein Bestand von 244,17 Mk. Namens der Revisionen wurde berichtet, daß alles in bester Ordnung befunden ist. Der Antrag auf Entlastung wurde durch Erheben von den Plätzen einstimmig zum Ausdruck gebracht. Beschlossen wurde, daß zur Erinnerung an den zehnjährigen Todestag des 1. Geschäftsführers Gotthard Sanisch diesen ein extra großer Kranz gewidmet werden soll. Das 20jährige Bestehen der Filiale soll in würdiger, den Zeitumständen angepaßter Weise begangen werden. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Langenbielau. (Zu den Verhandlungen in der Textilindustrie.) Die von den Arbeiterausschüssen der Vollleistungstextilbetriebe beantragten Verhandlungen über die durch den Textilarbeiterverband eingereichten Lohnforderungen haben bei den einzelnen Firmen meist zu gleicher Zeit am Freitag, den 27. Juli, stattgefunden. Das Zusammentreten der Herren Arbeitgeber oder deren Vertreter und Direktoren mit den für die einzelnen Betriebe maßgebenden Arbeiterausschüßmitgliedern erfolgte aber eine von den Arbeitern unverstänliche Verzögerung durch die erlassenen Bestimmungen über das Versammlungsrecht unter dem Belagerungszustand, denn die Arbeiterausschüsse in Langenbielau und Reichenbach erhielten von ihrer Firma auf den gestellten Antrag auf Einberufung einer gemeinsamen Beratung über die in der Lohnangelegenheit niedergelegten Punkte ein gleichlautendes Schreiben, wie solche von einigen Betrieben der Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes Langenbielau vorliegen und die zur bleibenden Erinnerung an den vorübergehenden Zeitabschnitt in der Textilarbeiterbewegung des Culengebirgsbezirks der Dokumentenmappe einverleibt werden sollen. Dieser Bescheid kann den Textilarbeitern, die über den Verlauf der Verhandlungen eine Uebersicht haben müssen, nicht vorenthalten werden und kann zur Aufklärung über mancherlei Geminnisse viel beitragen.

An den Arbeiterausschüß unseres Betriebes! Wir betätigen den Empfang des Schreibens vom 16. 7. 1917, in dem beantragt wird, innerhalb einer Woche eine Arbeiterausschüßung zur Beratung von Lohnfragen anzubereiten.

Nach der Bekanntmachung des Stellb. Generalkommandos vom 5. Juli 1917, Kreisblatt Seite 385, bedürfen auch nichtöffentliche Versammlungen, in denen Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen werden, der Genehmigung des Stellb. Generalkommandos; die Genehmigung ist mindestens 8 bis 10 Tage vor dem Versammlungstage zu beantragen. Nach einer Auskunft des königlichen Landratsamts zu Reichenbach sind auch Versammlungen des Arbeiterausschusses, in denen Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen werden sollen, auf Grund obiger Bestimmungen genehmigungspflichtig. Wir haben die Genehmigung beantragt und werden, sobald dieselbe vorliegt, zu der gewünschten Besprechung einladen.

In stark besuchten Versammlungen, in denen natürlicherweise die Arbeiterinnen die Mehrheit bildeten, nahm die Textilarbeiterchaft am 30. und 31. Juli Stellung zur Antwort der Ortsgruppe „Bezirk Reichenbach“ des Verbandes sächsischer Textilindustrieller auf die Eingabe vom 30. Juni und das Ergebnis der gemeinsamen Verhandlungen der Textilarbeiter mit den Arbeiterausschüssen. Das Referat hatte der Bezirksleiter des Textilarbeiterverbandes, Kollege Otto Fritsch, der an unbefehlbaren Beispielen nachwies,

daß es wirklich an der Zeit sei, das Lohnneinkommen der Textilarbeiter auf eine sichere Grundlage durch Festsetzung von Mindestlöhnen zu stellen; die Frage der Mindestlöhne sei endlich spruchreif. Unwillkürlich müßten sich die Textilarbeiter des Culengebirges doch fragen, ob das ganze Königreich Bayern, wo garantierte Mindestlöhne, abgesehen nach Altersklassen, festgesetzt worden sind, nicht zu Deutschland gehöre. Auch sind am 12. Juli im Rathaus zu Dresden unter Teilnahme der Arbeitgeber, von Vertretern der Textilarbeiterverbände und des Fürsorgeausschusses Mindestlöhne von 25 bis 65 Pf. pro Stunde für Dresden und Umgegend festgelegt worden. Wenn die Lebensbedarfsartikel um ein Mehrfaches teurer geworden, kann füglich das Streben der Arbeiter nach einem gewissen Mindestlohnneinkommen als voll gerechtfertigt anerkannt werden, zumal es von den Industriearbeitergruppen jedenfalls keine geringer entlobte Arbeiterkraft als die Textilarbeiter geben wird. Gerade wegen dieses Strebens sollte man den Textilarbeitern und deren Vertretern keinen Vorwurf machen; was nach dieser Richtung getan wird, wird getan für Tausende und Hunderttausende, die draußen sind und ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Aus dem Streben nach einer sicheren Lohnunterlage spricht nur das Pflicht-, Gerechtigkeits- und Dankbarkeitsgefühl der Dabeigebliebenen. — Die Bedeutung von Mindestlöhnen und der übrigen Fragen erfuhr nochmals eine gründliche Erörterung, wie auch die Antwort der Unternehmer vollinhaltlich zur Kenntnis und Besprechung gebracht wurde. Die Unternehmer begründeten ihre ablehnende Haltung damit:

„Abgesehen von allen anderen Bedenken ist für die Ablehnung ausschlaggebend, daß die Arbeitgeber dann gezwungen sein würden, eine große Anzahl von Arbeitern zu entlassen, deren Leistungen infolge hohen Alters oder mangelnder Gewandtheit oder aus sonstigen Gründen dem ihnen dann zuzurechnenden Mindestlohn nicht entsprechen.“

Für die Textilarbeiter bleibt es vollständig unberücksichtigt, daß eben schon in großen Bezirken Mindestlöhne eingeführt sind. Große Bezirke haben längst Mindestlöhne, und in allen diesen Bezirken, wie Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler usw. gibt es alte Leute und solche mit mangelnder Gewandtheit, die nicht entlassen werden und auch nicht entlassen werden können. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß es in der Textilindustrie Leute mit mangelnder Gewandtheit gibt, doch wird ein jeder von diesen Arbeitern, die mit ihrer Arbeit den notwendigen Lebensunterhalt verdienen müssen, ein gewisses Durchschnittsproduktionspensum schaffen. Die Lohnfrage wurde in dem Antwortschreiben einfach abgetan, indem die Arbeitgeber erklärten:

„Wenn die Arbeiter der Ansicht sind, daß die gegenwärtigen Löhne zu gering seien, so gibt es die Möglichkeit, den gegenwärtigen Wochenverdienst der Arbeiter dadurch zu erhöhen, daß die Arbeitszeit, die in unserem Bezirk als einzigen ganz Deutschlands nur 45 Stunden beträgt, auf 55 Stunden erhöht wird; dadurch würde der gegenwärtige Wochenverdienst ohne weiteres um zehn Fünftel erhöht, also nahezu um ein Viertel, erhöht werden.“

Nach dieser Erklärung soll sich der Arbeitsverdienst der Textilarbeiter nur durch eine längere Arbeitszeit erhöhen können. Nach den Berichten der Arbeiterausschüsse haben sich die Verhandlungen in allen Betrieben selbst in genau dem gleichen Fahrwasser bewegt. Die Herren Textilarbeiter machten überall eine etwa noch zu gewöhnliche prozentuale Lohnsteigerung abhängig von der Bereitwilligkeit der Arbeiter zu einer Verlängerung der Arbeitszeit. Hierbei sei hier schon hervorgehoben, daß einzelne Firmen durchaus nicht auf der Einführung einer 55stündigen Arbeitszeit, vielmehr doch mit Rücksichtnahme auf die große Zahl der Frauen, bestehen. Von den Rednern wurde bezüglich der Arbeitszeit hervorgehoben, daß hier die Arbeiterschaft selbst das Wort nehmen und ihre Meinung äußern müsse, und die Arbeiterinnen haben sich eingehend geäußert.

Die Verhandlungen haben demnach so gut wie keinerlei wirklich greifbares Resultat gebracht. Ziemlich überall wurde auf eine leichtere Lebensmittelbeschaffung vom 15. August ab hingewiesen, wie auch auf die kommende Erhöhung der Ration, die doch so schon wirklich sehr notwendig ist; auch die Zwischenmahlzeiten würden, so solche in den Betrieben zur Einführung gekommen, noch verbessert werden. In dem Augenblick, wo dies niedergeschrieben wird, laufen Verhandlungen über Zwischenzeiten, begleitet von einem Topfe Schnittbrot, ein; die betreffenden Arbeiterinnen mußten sich auf ihre Bestürzung von dem zuständigen Beamten an den Kopf werfen lassen, daß sie frech und unverschämte seien. Bei der Kostprobe die je ein Schnittbrot an jenem Tage konnten wir keine andere Feststellung machen, als daß wirklich ein guter Appetit und recht viel Hunger zum Verzehren derselben gehört. Im allgemeinen drücken jetzt die Arbeiter ihre Befriedigung über die eingetragenen Zwischenmahlzeiten aus. Wenn z. B. der Vorschlag gemacht worden ist, den Frauen die den Familien zuzurechnende Fleischration aus den Fleischläden bis zu den Maschinen zu bringen, so ist das eben gewiß ein recht wohlgemeinter, entgegenkommender Einfall, er kann aber für die praktische Ausführung den Beifall der arbeitenden Hausfrauen für den Haushalt der Einzelfamilien nicht finden; manche andere Erleichterungen lassen sich noch eher verwirklichen. — Eine ausgiebige Beratung in allen anderen Fragen der Eingabe hat eigentlich nirgends stattgefunden, auch sind bindende Versprechen, wie bezüglich der Bezahlung von Ausfallzeiten im Betriebe, Zuschläge für Überstunden-, Nacht- und Sonntagarbeit usw. nicht gegeben worden. Direktor Schütz von der Firma Deutsche Textilwerke Mautner hält es für selbstverständlich, daß gleiche Löhne für gleiche Arbeitsleistungen gezahlt werden, wie daß Kürzungen bestehender höherer Löhne nicht stattfinden. Bei einer Firma, wo die Arbeiter als Lohnzettel nur ein kleines Papierzettelchen mit den bloßen Ziffern der Lohn- und anderen Beträge bei der Lohnzahlung erhalten, ging der Betriebsinhaber leicht darüber hinweg; die Arbeiter müßten schon, was die Zahlen zu bedeuten haben. Diesem Schluß wurde aber widersprochen. Es sind dies billige Ausflüchte, die absolut nicht stichhaltig sind, was sich auch durch Arbeiter noch anderer Firmen, wo sogar Lohnzettel oder Lohnbeutel eingeführt sind, nachweisen läßt. Die von den Arbeiterausschüßmitgliedern vorgebrachte Ansicht, daß bei kürzerer Arbeitszeit intensiver gearbeitet würde, begehrte man auf der anderen Seite als „altes Lied“, die Möglichkeit einjähriger 8tündiger Arbeitszeit als Zukunftsmusik; teilweise gab man zu, daß alles schließlich einmal kommen könne.

So sind die Arbeiterausschüßungen auseinandergegangen mit der abgegebenen Erklärung, den Vorgesetzten erst Bericht geben zu müssen. — Der Genosse Franz Feldmann sprach noch in längeren Ausführungen zur Arbeitszeit und hob hervor, daß er immer bei allen Gelegenheiten dafür gewirkt habe, daß schwebende Fragen der Arbeitsverhältnisse von Organisation zu Organisation beraten und geregelt werden möchten. Von dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation des Kreises Reichenbach sei auch gesagt worden, daß der alte Standpunkt aufgegeben werde; so würden auch zu der für den 8. August eigens zur Verhandlung über die vorliegenden Angelegenheiten festgesetzten Sitzung im kaufmännischen Vereinssaale Vertreter der Arbeiterorganisation zugezogen werden. Die Einladungen zu dieser Besprechung, wofür von seiten der Unternehmer eine Kommission gewählt worden ist, und an der auch der königliche Herr Landrat teilnehmen wird, sind an den Bezirksleiter Otto Fritsch und den Angestellten F. Scholz vom Textilarbeiterverband, den Genossen F. Feldmann und den Arbeitersekretär der katholischen Fachabteilung Willinek ergangen.

In der eingehenden Aussprache, in welcher mancherlei Klagen über erstaunlich niedrige Löhne vorgebracht wurden, drückten die Versammelten den dringlichen und berechtigten Wunsch aus, daß zu der Besprechung am 8. August von den einzelnen Arbeiterausschüssen mindestens je ein oder zwei Mitglieder als Vertreter der Ausschüsse und der Arbeiterschaft zugezogen werden möchten; die

Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, diesbezüglich bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden. Nach dem Ausfall der gemeinsamen Verhandlungen in den einzelnen Betrieben sollen weitere Schritte bis nach der Besprechung in Reichenbach vertagt werden und wurde diese Stellungnahme in folgender, einstimmig angenommener Entschließung zum Ausdruck gebracht:

„Die in Langenbielau versammelten Textilarbeiter können sich mit einer 55stündigen Arbeitszeit schon mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmärkte und in jetziger Zeit mehr denn je erforderlichen Schutzes für Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der arbeitenden Frauen in der Textilindustrie nicht einverstanden erklären.“

Die Textilarbeiter, die jetzt doch hauptsächlich aus Frauen besteht, kann auf ein erträgliches Maß verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auf den vollständig betriebsarbeitsfreien Sonnabend nicht verzichten; eine Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit über 6 Uhr abends hinaus nimmt den Arbeiterinnen überdies die Möglichkeit, die notwendigen Einkäufe für den Haushalt machen zu können, da die Geschäfte durchweg um 7 Uhr bereits geschlossen werden; hierbei muß auch auf die auswärts Wohnenden unbedingt Rücksicht genommen werden. Die mehrfache Belastung der arbeitenden Frauen erheischt es dringlichst, daß ihre Zeit und Kraft geschont wird, um damit auch die Pflege und Erziehung der Kinder, die Erhaltung und Sicherung des Hausstandes zu gewährleisten.

Bei der Ungünstigkeit und Unsicherheit ihres Arbeitslohnneinkommens und somit oft der gefährdeten Existenzmöglichkeit, beharren die Textilarbeiter auf der Einführung von Mindestlöhnen für Akkord- und Tagelohnarbeiter.

Da die Verhandlungen der Herren Textilarbeiter mit den Arbeiterausschüssen kein bestimmtes Ergebnis gebracht haben, nimmt die Arbeiterschaft eine abwartende Haltung bis zu der für den 8. August in Aussicht genommenen gemeinsamen Beratung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein.

Die versammelten Textilarbeiter erwarten die Zuziehung von ein bis zwei Mitgliedern der einzelnen errichteten Betriebs-Arbeiterausschüsse als deren Vertreter zu der am 8. August d. J. im kaufmännischen Vereinssaale zu Reichenbach i. Schl. stattfindenden Verhandlung.

Damit die Arbeiterschaft schnellstens zu dem Ergebnis der Verhandlungen im kaufmännischen Vereinssaale Stellung nehmen kann, sind bereits vier allgemeine Versammlungen einberufen, die abgehalten werden: Mittwoch, den 8. August, im „Schwarzen Bier“ in Reichenbach-Niederstadt, Donnerstag den 9. August, bei S. Tilg, Freitag, den 10. August, im „Goldnen Stern“ in Langenbielau, und Sonnabend, den 11. August, in der „Blögerei“ in Peterswaldau, in welchen der Reichstagsabgeordnete Kollege Hermann Fackel-Beckin, vom Hauptvorstande des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sprechen wird.

Den Textilarbeitern wird aber nur mit Hilfe einer starken, alle Arbeiter und Arbeiterinnen umfassenden Organisation geholfen werden. Den Wert der Organisation müssen die Textilarbeiter ganz besonders in jetziger Kriegszeit auf allen Gebieten erkennen. Das Mitgliedsbuch in der Tasche jeder Textilarbeiterin und jedes Textilarbeiters muß das Mittelzeug für ihren Fortschritt sein.

Reichthau-Mylau. (Lohnbewegung.) Donnerstag, den 26. Juli, gleich nach Arbeitsluß, fand im Saale des Bahnhofs ein gemeinsames Betriebsbesprechung aller im Gang befindlichen Webereibetriebe statt. Vertreter waren die Betriebe Moritz Zimmermann, Artur Opitz, Louis Popp u. Sohn, Friedrich Weher u. Co., Gebrüder Uebel, Franz Anger, Bernhard Floß, Franz Zimmermann, Alfred Rogold. Aufgeführt stand war der Betrieb Gebrüder Uebel vertreten. Aus der Betriebsversammlung erschallten Bravorufe und Freude darüber. Es waren anwesend 300 weibliche und 86 männliche Personen. Die Besprechung fand statt auf vielseitiges Drängen der Arbeiter aus den Betrieben. Die örtliche Arbeitertarifkommission der Ortsgruppe in Verbindung mit der Filialverwaltung berief die Besprechung ein. Diese war von Begeisterung getragen. Der Vorsitzende der Filiale, Richard Pechold, leitete in einer Ansprache die Betriebsbesprechung ein und gab die Tagesordnung bekannt. Zur Verhandlung stand: 1. Bericht der Arbeitertarifkommission Reichthau-Mylau. 2. Die Löhne in Gera, Greiz und die des Vogtlandes. 3. Besprechung des Protokolls über die Textilkommunalverbandsbeschlüsse in Reichenbach, verfaßt von Julius Hauptold. Entgegennahme von Beschwerden aus den Betrieben. Otto Spitzner, als Vorsitzender der Arbeitertarifkommission, verlas zunächst die erste Eingabe der Arbeiter und Arbeiterausschüsse an die Arbeitgeber um 75 Proz. Lohnsteigerung. Er führte aus, daß die Arbeitgeber es nicht für nötig hielten, ihren Arbeitern eine Antwort zuteil werden zu lassen; bis zum 16. Juni habe man den Arbeitgebern Zeit gelassen. Kein Wunder, wenn der Unwille der Arbeiter immer erregter zum Ausdruck kommt. Die gesammelten Lohnzettel beweisen, welche haarsträubenden Löhne gezahlt werden; der königlichen Amtshauptmannschaft werden die Lohnbeweise vorgelegt werden. — Der geladene Gast Otto Diebel aus Gera hatte die Aufgabe, die bereits in Gera gezahlten Löhne im Vergleich zu den im Vogtland gezahlten zu behandeln. Entsetzen und Erstaunen kam über die Anwesenden wegen des großen Unterschiedes. Und dabei sind die Löhne in Gera auch noch als unzureichend zu bezeichnen. Richard Pechold gab die beschlossenen Sätze des Kommunalverbandes Reichenbach-Mylau-Reichthau und des Dresdener Bezirks für Textilindustrie, Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt und Neustadt, bekannt. Die Dresdener Sätze sind gerade um ein Drittel höher als die des Reichenbacher Kommunalverbandes. Die Dresdener Sätze lauten: Für Arbeiter unter 17 Jahren beiderlei Geschlechts und je nach Art der Beschäftigung Mindeststundenlohn von 25—45 Pf. Für Arbeiter über 17 Jahre Mindeststundenlohn 65 Pf. Für Arbeiterinnen über 17 Jahre Mindeststundenlohn 45 Pf. Die Kollegin S. W., Reichthau, beantragte, die Dresdener Mindeststundenlöhne anzuerkennen mit der Abänderung, für Arbeiterinnen über 17 Jahre auf statt 45 Pf. 55 Pf. zu setzen. Sie müssen dieselbe Arbeit leisten wie die Männer. Die Versammlung stimmte einstimmig zu. Zur Orientierung geben wir die Reichenbach-Mylau-Reichthauer Sätze bekannt:

1. Für vollarbeitfähige gelernte Weber (volljährig) . . . 40 Pf.
2. „ vollarbeitfähige gelernte Weberinnen (volljährig) 40 „
3. „ vollarbeitfähige gelernte Weber (jugendlich) . . . 25 „
4. „ vollarbeitfähige gelernte Weberinnen (jugendl.) 25 „

Kammgarnspinnerei:

1. Für volljährige Spinner auf 45 Pf.
2. „ volljährige Anlegerinnen auf 24 „
3. „ volljährige Ringspinnerinnen auf 25 „
4. „ jugendl. Arbeiter beiderlei Geschlechts auf 20 „

Streichgarnspinnerei:

1. Für volljährige Spinner auf 45 „
2. „ volljährige Krempelauspüher auf 38 „
3. „ volljährige Wolferinnen auf 28 „
4. „ volljährige Krempelrinnen auf 28 „
5. „ volljährige Einlegerinnen auf 25 „
6. „ volljährige Anlegerinnen auf 24 „
7. „ jugendl. Arbeiter beiderlei Geschlechts auf 20 „

Gegen diese Sätze wandten sich die Arbeiter aus allen Betrieben einstimmig. Sie sind nicht geneigt, sich mit den niedrigen Lohnsätzen abzufinden. Uebrigens waren die Arbeiter der Ansicht, daß die Festsetzung der Garantielöhne nicht Sache des Stadtverbandes, sondern der Amtshauptmannschaft Plauen sei.

Deberan. Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen, den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen entsprechende Löhne zu erreichen, bemächtigte sich der Arbeiterschaft der Firma Salzmann eine Er-

regung, die zu mehrmaligen plötzlichen ArbeitsEinstellungen führte. Nicht nur daß die Betriebsleitung jedes Entgegenkommen ablehnte, man glaubte sogar auf Grund der bis jetzt gemachten Erfahrungen den Arbeitern eine Lohnreduktion anbieten zu dürfen. Letzteres Vorgehen scheint nun dem Faß den Boden vollends eingeschlagen zu haben. Nachdem schon eine Betriebsversammlung zustande kam, in der Stellung zu Lohnforderungen und der Abwehr von Lohnabzügen genommen wurde, fand am Dienstag voriger Woche eine abermalige Versammlung statt, die hierüber Beschluß fassen sollte. Die Versammlung war überaus gut besucht. Wir möchten fast behaupten, daß Deberan eine solche imposante Betriebsversammlung noch nicht sah. Trefflich waren die einleitenden Worte des Gauleiters Sachse, worin dieser die Berechtigung einer Lohnforderung und das fast wie Aufhebung wirkende einer Lohnreduktion in jetziger Zeit und die zur Durchführung einer Forderung geeigneten Hilfsmittel mit einer Deutlichkeit behandelte, die bei allen Anwesenden allgemeine Zustimmung fand. Die Aussprache war nur eine kurze. Sämtliche Beschlüsse aber wurden einstimmig gefaßt. Unter anderem die Einreichung der Forderung an die Firma; ferner die Anrufung des Schiedshofes in Dresden. Auch gaben sämtliche Anwesende das Gelöbniß ab, ihrem Verbands Treue zu wahren, soweit sie dem Verbands angehören. Diejenigen aber, die dem Verbands noch fernstehen, gelobten, ohne Ausnahme ihre Mitgliedschaft zu erwerben, was zur Durchführung von Forderungen und zur eventuellen späteren Abwehr von Lohnabzügen dringend nötig ist.

In seinem Schlußwort versicherte Sachse seine Unterstützung bei allen diesen Punkten und betonte, daß all dies nur zu erreichen sei durch geschlossenes Handeln, was am besten durch Zusammenfluß in den Gewerkschaften ermöglicht werde. Hoffentlich rühren sich auch in anderen Betrieben die Arbeiter, um endlich einmal etwas zu erreichen, was ihnen die Beschaffung des zum Leben nötigen erleichtert. Gerade die Textilarbeiter hätten dieses am nötigsten. Wie wird man ihnen etwas aus freien Stücken in bezug auf Lohnerhöhung anbieten. Nicht ein Fall ist bekannt, in dem ein Arbeitgeber die Löhne den gesteigerten Lebensverhältnissen freiwillig angepaßt hätte. Textilarbeiter Deberans, haltet euch vor Augen, was Bauarbeiter, was Metallarbeiter durch ihre Organisationen erreicht haben und handelt danach.

Literatur.

„Aus der grünen Schale.“ Geschichten in schlesischer Mundart von Ferdinand Hanusch, dem Vorsitzenden unserer österreichischen Bruderorganisation. Die Freunde mundartlicher Dichtung werden mit Vergnügen die Geschichten des Genossen Hanusch „Aus der grünen Schale“ lesen. Die Armüchigkeit, die Eigenart eines Volkes können wohl nur in seiner Sprache, das heißt in der Sprache, die es in Wirklichkeit spricht, in seinem Dialekt, festgehalten werden. Die Schriftsprache kann, trotzdem sie vorzuziehen ist, die Seele des Volkes nicht so widerspiegeln wie die Mundart, die mit dem Volk verwachsen ist, in der das Volk denkt und mit der es alle seine Gefühle, alles, was es sich und anderen zu sagen hat, zum Ausdruck bringt. Genosse Hanusch versteht es, das Volk seiner Heimat und damit seine schlesische Heimat selbst in den verschiedensten Abweichungen zu zeichnen. Auch der Nichtschlesier wird das Büchlein mit Befriedigung lesen und dabei noch den Nutzen ziehen, ein Stück Volkstum sich angeeignet zu haben. Freilich hätte Hanusch diesem Verstehen seiner Geschichten durch eine beigefügte „Verdeutschung“ jüngerer verständlicher Ausdrücke erleichtern sollen. Doch geht es auch so und es findet sich der Leser bald zurecht.

„Aus der grünen Schale“ ist in der Verlagsbuchhandlung Josef Emmer in Mährisch-Schönberg erschienen und kann von hier oder durch jede andere Buchhandlung bezogen werden. Im selben Verlag erschien auch vor einiger Zeit der „Aus der grünen Schale“ vorausgegangene erste Band der schlesischen Mundartgeschichten des Genossen Hanusch, „Aus der Heimat“, der bereits eine ansehnliche Verbreitung gefunden hat.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 12. August, ist der 32. Wochenbeitrag fällig.

Am 2. und 3. August sind die Jahrbücher für 1916 zum Versand gekommen.

Filialen, die noch nicht im Besitz derselben sind, wollen sich umgehend melden.

Der Vorstand.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Aachen. Peter Hemmer, Tuchweb., 77 J., Wasserjucht, Schwäche.

Altkemnis. Wenzel Balzer, Weber, 64 J., †.

Burghardttsdorf. Anna Ella Franke, Näherin, 28 J., Tuberkulose. Friedrich Albin Laich, Wirker, 51 J., Gehirnhautentzündung. Selma Uhlig, Näherin, 54 J., Magenleiden.

Dülken. Franz Robert, Spinnereiarbeiter, 50 J., Lungenentzündung.

Elberfeld. Rudolf Kühnchen, Färber, 40 J., †. Wilh. Buchborn, Fabrikarb., 60 J., Bauchfellentz. Johann Schwiesow, Fabrikarb., 60 J., Rippenfellentzündung.

Greiz. Robert Rilz, Weber, Sachdewitz, 48 J., Rückenmarkleiden. (Mitbezügler der Filiale und seit ihrer Gründung Beitragsstapfener.)

Landeshut i. Schl. Frieda Krause, Spinnerin, 17 J., Tuberkulose.

Leipzig. Frau Hulda Schneider geb. Bauer, 29 J., Tuberkulose.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Burghardttsdorf. Otto Klaußner, Wirker, Neu-Eibenberg, 21 J.

Glauchau. Hermann Meißner, 41 J., Albert Weher, 22 J.

Greiz. Kurt Dillner, Färbereiarbeiter, Rudachthal, 22 J., Guido Hütel, Weber, Klein-Gera, 38 J.

Guben. Richard Proll, 18 J.

Limbach i. S. Max Paul Rebold, Handbuchschneider, Langenberg, 26 J.

Plauen i. V. Arno Otto Reichhardt, Sticker, 24 J.

Reichenbach i. V. Karl Otto Appreturarb., 29 J., Otto Taubenneist, Appreturarbeiter, 31 J.

Reichwolframsdorf. Otto Raniß, Ehre ihrem Andenken!

Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist ihm voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Fabrik(Munitions)-Arbeiter und -Arbeiterinnen

suchen bei freier Reise Farbenfabriken Leverkusen (Rheinland).

Meldungen aus Thüringen und angrenzenden Gebieten sind zu richten an **Städtischen Arbeitsnachweis Weimar.**

Redaktionsluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 11. August.

Verlag: Karl Hüsch. — Verantwortlich für die mit \square versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Vornar's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.